



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses  
am 19.11.2025**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17:35 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend waren:**

Carsten Heym  
Martin Sehrndt  
Thorben Vierkant  
Hans-Joachim Berkes  
Dr. Ulrike Wünscher  
Katja Müller  
Eric Eigendorf  
Melanie Ranft  
Ferdinand Raabe  
Andreas Wels  
Andreas Silbersack

AfD-Stadtratsfraktion  
AfD-Stadtratsfraktion  
AfD-Stadtratsfraktion  
CDU-Stadtratsfraktion  
CDU-Stadtratsfraktion  
Fraktion Die Linke  
SPD-Fraktion  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion Volt/MitBürger  
Fraktion Hauptsache Halle  
Fraktion FDP/FREIE WÄHLER

**Verwaltung:**

Egbert Geier

René Rebenstorf  
Dr. Judith Marquardt  
Katharina Brederlow  
Achmed Großer  
Marco Schreyer  
Raik Möller  
Maik Stehle

Bürgermeister  
Beigeordneter für Finanzen und Personal  
Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt  
Beigeordnete für Kultur und Sport  
Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Referent des Oberbürgermeisters  
Leiter Fachbereich Recht  
Leiter Team Veranstaltungen  
Protokollführer

**Entschuldigt fehlten:**

Alexander Raue  
Christoph Bernstiel  
Guido Haak

AfD-Stadtratsfraktion  
CDU-Stadtratsfraktion Halle  
CDU-Stadtratsfraktion Halle

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herr Bürgermeister Geier** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bürgermeister Geier** wies darauf, dass nichts von der Tagesordnung zu nehmen ist und es keine Änderungen und Ergänzungen gibt. Er fragte nach Wortmeldungen.

**Herr Wels** vertagte im Namen seiner Fraktion

**TOP 13.1**

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Verleihung des Ehrenbürgerrechts  
Vorlage: VIII/2025/01745

in den Hauptausschuss März 2026.

**Herr Ferdinand Raabe** vertagte im Namen seiner Fraktion

**TOP 7.2**

Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) mit ihrem Stadtteil Halle-Neustadt im Bündnis „Neustadt in Europa“  
Vorlage: VIII/2025/01491

in den Hauptausschuss Januar 2026.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Bürgermeister Geier** um Abstimmung bat

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
  - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2025
  - 4.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.10.2025

5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
  - 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.10.2025  
Vorlage: VIII/2025/01880
  6. Beschlussvorlagen
  - 6.1. Variantenbeschluss zur Ausrichtung des Laternenfest ab 2026  
Vorlage: VIII/2025/01811
  7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Steigerung der Angebote bei offenen Ausschreibungen der Verwaltung  
Vorlage: VIII/2025/01503
  - 7.2. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) mit ihrem Stadtteil Halle-Neustadt im Bündnis „Neustadt in Europa“  
Vorlage: VIII/2025/01491
- V E R T A G T**
8. Mitteilungen
  - 8.1. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hans-Joachim Berkes zur Anfrage zum Personal im Nachtdienst des städtischen Ordnungsamtes (VIII/2025/01767)
  - 8.2. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hans-Joachim Berkes zur Anfrage zur Sicherheitsproblematik durch Radverkehr im Haltestellenbereich Moritzburgring (VIII/2025/01770)
  - 8.3. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hendrik Lange zur Ampelschaltung Mansfelder Straße
  - 8.4. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sicherheit von Radwegen in der Dunkelheit  
Vorlage: VIII/2025/01847
  - 8.5. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum mähfreien Mai  
Vorlage: VIII/2025/01879
  - 8.6. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an Haltestellen  
Vorlage: VIII/2025/01881
  - 8.7. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Ausfahrt Georgi-Dimitrov-Straße  
Vorlage: VIII/2025/01787
  - 8.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zur Beschilderung Vogelherd
  - 8.9. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zum Aufmerksamkeitsfeld für Blinde und Sehbehinderte am Planetarium

- 8.10. Anregung der Fraktion Volt / MitBürger zum Ausbau der halböffentlichen Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet  
Vorlage: VIII/2025/01886
- 8.11. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Erweiterung der Kategorien im Internet-Meldeportal  
Vorlage: VIII/2025/01757
- 8.12. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Erprobung einer KI-Anwendung in Stadtverwaltung und Bürgerservice  
Vorlage: VIII/2025/01792
- 8.13. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur interkommunalen Bündelung der Radwege-Unterhaltung und des Radwegebaus zwischen Stadt Halle (Saale) und Saalekreis  
Vorlage: VIII/2025/01783
- 8.14. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Unterstützung von Gewerbetreibenden bei Baustellen – bei Neuverhandlung des Werbenutzungsvertrags  
Vorlage: VIII/2025/01827
- 9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zur gesundheitlichen Situation der Mitarbeitenden und zum Umgang mit Überlastungsanzeigen  
Vorlage: VIII/2025/01887
- 10. Anregungen
- 10.1. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Mini-Gradierwerkes im Stadtgebiet Halle  
Vorlage: VIII/2025/01911
- 11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 11.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2025
- 11.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.10.2025
- 12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Beendigung des Stellenbesetzungsverfahrens Referent für juristische Grundsatzfragen (m/w/d)  
Vorlage: VIII/2025/01711
- 13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13.1. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Verleihung des Ehrenbürgerrechts  
Vorlage: VIII/2025/01745
- 14. Mitteilungen

**VERTAGT**

15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

### zu 3 Einwohnerfragestunde

---

**Herr Bürgermeister Geier** eröffnete die Einwohnerfragestunde.

#### zu 3.1 Fragesteller 1 zur Moses-Biletzki-Straße

---

**Fragesteller 1** schilderte Parkprobleme im Wohngebiet rund um die Moses-Biletzki-Straße. Er sagte, dass seit etwa zwei Jahren das Ordnungsamt dort regelmäßig Strafzettel vergibt, obwohl im gesamten Gebiet kaum ausreichend Parkplätze vorhanden sind. Besonders in der Moses-Biletzki-Straße würden rund 25 Stellplätze wegfallen, wenn das bisherige, rechtlich nicht zulässige Parken entfällt. Er schlug vor, die Straße zur Einbahnstraße umzuwandeln, um regelkonformes Parken zu ermöglichen. Die Anwohner sind bereit, sich an Markierungskosten zu beteiligen. Er betonte, dass viele Bewohner, darunter ältere Menschen, auf ihre Fahrzeuge angewiesen sind.

**Herr Rebenstorf** schlug dem Fragesteller vor, dass sein Büro Kontakt mit ihm aufnimmt, möglichst noch vor Weihnachten, um gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten.

**Herr Berkes** erläuterte, dass sich die Wohnungseigentümer und Betreiber der Wohnanlage bereits Anfang des Jahres mit der geschilderten Parkplatzproblematik an die Verantwortlichen gewandt haben. Daraufhin wurde ein Antrag mit drei konkreten Prüfanregungen in den Stadtrat eingebracht. Die Verwaltung hat jedoch lediglich auf den übertragenen Wirkungskreis verwiesen, ohne auf die Inhalte des Antrags einzugehen. Ein Vor-Ort-Termin, der im Austausch mit Herrn Teschner vorgeschlagen wurde, ist abgelehnt worden; auch der Vorschlag einer Einbahnstraßenregelung wurde zurückgewiesen. Da auf die drei ursprünglichen Anregungen keine Antwort erfolgte, wurde inzwischen eine zweite Anfrage für die nächste Stadtratssitzung eingereicht.

#### zu 3.2 Fragesteller 2 zur Bürgerbeteiligung

---

**Fragesteller 2** richtete sich an die Verwaltung und wies darauf hin, dass gemäß der Geschäftsordnung auch Stadträte angesprochen werden dürften. Er schildert, dass frühere Auskünfte für ihn den Eindruck erweckten, politische Entscheidungen würden ohne Bürgerbeteiligung getroffen. Er verwies auf den Zusammenhaltsbericht 2025 des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie die Arbeit von Mehr Demokratie e. V. und sagte, dass aus seiner Sicht in Halle weiterhin großes Entwicklungspotenzial besteht. Die Einwohnerfragestunde sieht er als ungeeigneten Ort für komplexere Beteiligungsthemen. Er fragte, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die politische Bürgerbeteiligung in Halle zu stärken.

**Herr Bürgermeister Geier** erklärte, dass das Anliegen zur Bürgerbeteiligung an den Oberbürgermeister weitergeleitet wird.

**Herr Bürgermeister Geier** erklärte, dass es in den Ausschüssen so geregelt ist, dass man in der Einwohnerfragestunde nicht nur die Verwaltung ansprechen kann, sondern auch die Stadtratsmitglieder. Und die Stadtratsmitglieder können Wort ergreifen, sofern sie das wollen.

**Frau Ranft** wies darauf hin, dass Bürgerbeteiligung keine Einbahnstraße ist. Sie empfahl dem Fragesteller, zunächst kleinere Schritte zu gehen und sich über öffentliche Parteiveranstaltungen einzubringen.

**Herr Heym** bestätigte, dass das Thema Bürgerbeteiligung in den vergangenen Jahren mehrfach in der Einwohnerfragestunde vorgebracht wurde. Er wies darauf hin, dass es sich um ein sehr weites Feld handelt, in dem Wünsche, Erwartungen und rechtliche Möglichkeiten miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Er empfahl dem Fragesteller, den angebotenen Dialog mit der Verwaltung zu nutzen und dort mit konkreten und ausgewogenen Vorstellungen vorstellig zu werden, damit diese rechtlich und hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit geprüft werden können.

**Fragesteller 2** erkundigte sich nach einem Brief, der im Frühjahr dieses Jahres vom Präsidenten/Bürgermeister für Frieden aus Hiroshima nach Halle geschickt wurde. Der Brief war nicht direkt an den Oberbürgermeister adressiert. Der Fragesteller bat um Auskunft, ob der Brief inzwischen bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Vogt angekommen ist und ob er sich damit befasst hat.

**Herr Bürgermeister Geier** erklärte, dass er hierzu keine Auskunft geben kann.

---

**zu 4            Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

**zu 4.1        Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2025**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.09.2025. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    bestätigt**

---

**zu 4.2        Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.10.2025**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 22.10.2025. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    bestätigt**

## zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

### zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.10.2025 Vorlage: VIII/2025/01880

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** wies darauf hin, dass die Informationsvorlage vor dem Wappensaal ausgehängt ist.

## zu 6 Beschlussvorlagen

---

### zu 6.1 Variantenbeschluss zur Ausrichtung des Laternenfest ab 2026 Vorlage: VIII/2025/01811

---

**Herr Heym** erklärte, dass die vorgelegte Vorlage stark von dem abweicht, was zuvor angekündigt worden war. Aufgrund dieser großen Unterschiede und der anschließenden Diskussion äußerte er, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnt.

**Herr Möller** erklärte, dass die Verwaltung dem Wunsch nachgekommen ist, verschiedene gemeinsame Varianten zum Erhalt des Laternenfestes zu entwickeln. Die Verwaltung sprach sich dafür aus, das Fest in der Form der vergangenen zwei Jahre fortzuführen und bevorzugt dabei eine Variante, bei der die erforderliche Infrastruktur für Strom bspw. mit Hilfe des Sondervermögens des Bundes dauerhaft geschaffen wird, um wiederum die Kosten für das Fest deutlich reduzieren zu können, weil weniger Generatoren benötigt werden.

**Frau Dr. Wünscher** erinnerte daran, dass die Vorlage in den Ausschüssen vertagt wurde, weil die dort präsentierten Varianten von der Mehrheit nicht als Alternativen angesehen wurden. Sie stellte die Frage, was geschieht, wenn heute abgestimmt wird, obwohl in den Ausschüssen zuvor keine Abstimmung stattgefunden hat.

**Herr Schreyer** erläuterte, dass der Hauptausschuss nicht mehr die frühere bündelnde Funktion hat. Er kann, ebenso wie der Finanzausschuss, selbst Beschlüsse fassen. Der Stadtrat kann anschließend unabhängig davon abschließend entscheiden, sowohl unter Berücksichtigung der Vorberatungen als auch der Tatsache, dass zwei Ausschüsse noch keine abschließende Position bezogen haben. Eine Vertagung in diesen Ausschüssen hat keine Sperrwirkung für den Stadtrat.

**Frau Ranft** sagte, dass sie die Vorlage gern vertagen möchte, weil man erneut an dem Punkt ist, an dem es um die „roten Linien“ im Haushalt geht. Eine dieser roten Linien der Verwaltung ist, dass das Laternenfest stattfinden soll und Geld kostet. Sie äußerte, dass man auf einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt zusteuert, und erklärte, dass ihr eine Abstimmung über die Vorlage heute schwerfällt.

**Herr Möller** erklärte, dass der Variantenbeschluss für das Jahr 2026 und die folgenden Jahre gedacht ist. Die bevorzugte Variante, den Erhalt des Festes in der bisherigen

Konzeption und mit neuer Infrastruktur, kann nicht sofort umgesetzt werden, da der Aufbau der Infrastruktur Zeit braucht. Für 2025 wurden bereits gemeinsam die Beschaffung der Aggregate beschlossen, und für 2026 sind sowohl die Aggregate als auch die Getränkekonzessionen vertraglich gebunden. Der Haushaltsansatz für 2026 liegt bei 1.177.000 Euro, mit einer Einsparung von 25.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr. Es gibt die Möglichkeit gemeinsam mit den Fraktionen zu besprechen, wie man sich das Fest ab 2027 vorstellt. Für 2026 ist man vertraglich bereits gebunden.

**Herr Silbersack** erklärte, dass für seine Fraktion der Erfolg des Laternenfestes nicht verhandelbar ist. Ausführlichere Darstellungen wären wünschenswert gewesen, insbesondere zu möglichen Abstufungen des Festes, ohne dabei wirkliche Abstriche machen zu müssen. Im Kern darf der Erfolg des Festes in der Form der vergangenen Jahre nicht zur Disposition stehen. Die Frage, ob Infrastrukturmittel aus dem Sondervermögen eingesetzt werden können, ist zudem eine Frage der Verfügbarkeit dieser Mittel. Er bat hier um eine dezidierte Aufteilung.

**Bürgermeister Geier** erklärte, dass der Betreff bewusst so formuliert wurde, weil im Finanzausschuss darüber diskutiert worden ist, das Fest ab 2026 fortzuführen. Durch die vertraglichen Bindungen besteht auch haushalterisch eine gewisse Absicherung. Dies spricht dafür, das Fest für 2026 mit bestimmten Optimierungen und Veränderungen vorzubereiten. Die Verwaltung hat im Haushaltsentwurf 2026 die Zahlen aufgenommen, die bereits 2025 in der Diskussion standen. Er bezog sich auf die Optimierungsvarianten, bei denen der Ansatzpunkt ist, den teuren Kostenblock der Dieselaggregate in Höhe von 250.000 Euro anzugehen. Dafür sollen anteilig Mittel verwendet werden, um entsprechende Leitungen zu verlegen, da die Peißnitz ohnehin wegen der Überarbeitung der Wege betroffen ist. Für die Gelder vom Bund besteht keine Verpflichtung, Eigen- oder Fördermittel beizumischen. Es kann ein Betrag gewählt werden, der vollständig für diese Maßnahme eingesetzt wird.

**Herr Möller** ergänzte, dass es bei der Maßnahme nicht nur um Einsparungen geht, sondern darum, das Fest in der bisherigen Konzeption beizubehalten. Aus diesem Grund wurden keine Flächen vorgeschlagen, bei denen die Peißnitzbühne entfernt wird, da dies das Gesamtkonzept in der bisherigen Form nicht mehr ermöglichen würde. Er wies darauf hin, dass in 10 Jahren wahrscheinlich keine Dieselaggregate mehr angemietet werden können.

**Herr Bürgermeister Geier** stellten den Antrag Einzelpunktabstimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

- a) mit Patt abgelehnt
- b) mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt

a) die Fortführung der bestehenden Konzeption unter Einbindung der Veranstaltungsflächen Ziegelwiese, Peißnitzinsel und Riveufer/Amselgrund unter Berücksichtigung der Elektrifizierung des Riveufers und der Ziegelwiese (Variante 1)

oder

b) die Verkleinerung des Festgeländes auf die Veranstaltungsflächen Ziegelwiese, Peißnitzinsel und/oder Riveufer/Amselgrund (Variante 2).

**Herr Heym** begründete das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion damit, dass sie die Beschlussvorlage für unzureichend halte diese deshalb ablehne. Dies hat seine Fraktion in beiden Punkten geäußert. Er äußerte außerdem Verwunderung, dass der Ausschussvorsitzende eine EinzelpunktAbstimmung vor der Presse durchgesetzt hat.

**Herr Schreyer** erklärte, dass den Mitgliedern nichts aufgezwungen wurde. Nach der vorliegenden Beschlussempfehlung handelt es sich rechtlich um eine sogenannte Alternativabstimmung. Diese erfordert rechtlich zwingend, dass beide Alternativen einzeln abgestimmt werden.

**Herr Heym** erklärte, dass dies rechtlich nicht beanstandet wurde. Seine Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass mit dem Einwand nicht sachgerecht umgegangen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## **zu 7      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 7.1      Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Steigerung der Angebote bei offenen Ausschreibungen der Verwaltung Vorlage: VIII/2025/01503**

---

**Herr Heym** erläuterte den Antrag seiner Fraktion und sagte, dass das Ziel des Antrags darin besteht, am Ende einen Wettbewerb zu erreichen, bei dem konkurrierende Angebote eingereicht werden. Ideen dafür sind etwa, einen Newsletter einzurichten oder gezielt Firmen, die im Vorfeld Interesse bekundet haben, an bevorstehende Ausschreibungen zu erinnern.

**Herr Bürgermeister Geier** erklärte, dass die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen, da er in die Befugnisse und Rechte des Oberbürgermeisters eingreife.

**Herr Vierkant** bezog sich auf die Aussage von Bürgermeister Geier und sagte, dass seine Fraktion aus diesem Grund gehofft hat, ins Gespräch zu kommen, um den Antrag rechtssicher zu gestalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich abgelehnt**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat von Halle (Saale) fordert die Stadtverwaltung auf, den Wettbewerb um öffentliche Aufträge der Stadt Halle (Saale) durch die folgende öffentliche Informationskampagne zu steigern:

1. Auf der Vergabepattform der Homepage der Stadt Halle und in allen Druckerzeugnissen, auf die die Stadt redaktionellen Zugriff hat, ist eine geeignete Stelle zu schaffen, in welcher regelmäßig veröffentlicht wird welcher Auftrag vergeben wurde, für den es nur einen einzigen Bieter gab.
2. In allen Ausschreibungen der Stadt Halle, die turnusmäßig in ähnlicher Form wiederkehrenden und für die in der Vergangenheit jeweils nur ein einziges Angebot einging, ist an hervorgehobener Stelle darauf hinzuweisen, dass bei der letzten Vergabe der Zuschlag erteilt wurde, obwohl es nur einen einzigen Bieter gab.
3. Auf der Homepage der Stadt Halle und in allen Druckerzeugnissen, auf die die Stadt redaktionellen Zugriff hat, öffentlich zu informieren, wenn ein Auftrag ausgeschrieben wurde, für den es in der Vergangenheit nur einen einzigen Anbieter gab.

## **zu 8            Mitteilungen**

---

### **zu 8.1        Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hans-Joachim Berkes zur Anfrage zum Personal im Nachtdienst des städtischen Ordnungsamtes (VIII/2025/01767)**

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass mit der geplanten vollständigen Digitalisierung der Einsatzdokumentation die Möglichkeit einer statistischen Auswertung vorgesehen ist.

#### **Anregung:**

Herr Berkes regte an, als Konsequenz auf die Verwaltungsantwort auf die Anfrage Nr. VIII/2025/01767, dass künftig eine statistische Erfassung der Ordnungswidrigkeiten mit Uhrzeit, Dauer des Einsatzes, Postleitzahl des Einsatzgebietes und Art des Einsatzes (PsychKG, Prüfungen und Inobhutnahmen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen oder Tierwohlgefährdungen, Einsatz in Totenwohnungen, Gewerbekontrollen, Absicherungen von Veranstaltungen, Amtshilfen, etc.) vorgenommen wird.

### **zu 8.2        Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hans-Joachim Berkes zur Anfrage zur Sicherheitsproblematik durch Radverkehr im Haltestellenbereich Moritzburgring (VIII/2025/01770)**

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass der Vorschlag gemäß den Vorgaben der StVO und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschrift (im Übrigen übertragener Wirkungskreis und damit keine Angelegenheit des Stadtrates oder der Ausschüsse) geprüft wurde. Lediglich die Antwort wurde in einfacher verständlicher Sprache formuliert. Die Anordnung einer Markierung erfolgt nicht.

### **Anregung:**

Herr Berkes bezog sich auf die Anfrage unter TOP 12.13 und das Thema Straßenbahnhaltestellen mit integriertem Radweg. Er sagte, dass es an solchen Haltestellen zunehmend zu Konflikten kommt. Am Beispiel des Haltestellenbereichs Moritzburgring wurde dies bereits anschaulich dargestellt. Dabei ist der Vorschlag hervorgegangen, an solchen Haltestellen ein Piktogramm anzubringen. In der Antwort der Verwaltung ist nicht erkennbar, ob und in welcher Form dieser Vorschlag aufgegriffen werden soll. Herr Berkes regte an, den Vorschlag zur Anbringung eines Piktogramms an Straßenbahnhaltestellen mit Radverkehrsführung ernsthaft zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

### **zu 8.3 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hendrik Lange zur Ampelschaltung Mansfelder Straße**

---

Herr Rebenstorf informierte, dass es sich hierbei um eine Sicherung eines Bahnüberganges handelt. Die HAVAG befindet sich noch in der Prüfung, inwieweit die Anregung umgesetzt werden kann. Ein abschließendes Ergebnis steht noch aus.

### **Anregung:**

Herr Lange regte an, die Ampelregelung in der Mansfelder Straße im Bereich der Salineinsel zu überprüfen. Er sagte, dass die Ampel auch dann auf Rot schaltet, wenn eine Straßenbahn entgegenkommt, obwohl dadurch kein tatsächlicher Konflikt für Autofahrende noch für Radfahrende entsteht. Beim Abbiegen ist die entgegenkommende Straßenbahn gut sichtbar, sodass Verkehrsteilnehmende selbstständig reagieren können. Dennoch wird der Verkehr durch die derzeitige Schaltung ausgebremst, unabhängig davon, ob man geradeaus fährt oder abbiegt.

### **zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sicherheit von Radwegen in der Dunkelheit Vorlage: VIII/2025/01847**

---

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregungen insoweit umgesetzt sind, dass die Stadtverwaltung regelmäßig den Bürgerhinweisen nachgeht und nach Möglichkeit und unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt.

### **Anregung:**

Es ist selbstverständlich, dass Autofahrer:innen bei Dunkelheit durch reflektierende Verkehrsschilder, gut sichtbare Baustellenkennzeichnungen und sichere Abstellplätze geschützt werden. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, Unfälle zu vermeiden und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen zu gewährleisten.

Im Gegensatz dazu besteht auf unseren Radwegen noch deutlicher Nachholbedarf. Radfahrer:innen sind bei Dunkelheit besonders gefährdet, da sie oft schlechter sichtbar sind und Hindernisse oder Baustellen nicht frühzeitig erkennen können. Das führt zu einem erhöhten Risiko für Unfälle und Gefahrensituationen, die letztlich über Gerichtsverfahren auch die Stadtkasse belasten können.

Es ist daher notwendig, die Sichtbarkeit und Sicherheit auf Radwegen aufgrund der Verkehrssicherungspflicht deutlich zu verbessern, um eine gleichberechtigte Behandlung

aller Verkehrsarten zu gewährleisten. Radfahrer:innen sollen genauso gut geschützt werden wie Autofahrer:innen. Das bedeutet, dass Hinweise, Absperrungen und Hindernisse bei Dunkelheit ebenso gut sichtbar sein müssen, um Unfälle zu vermeiden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die frühzeitige Ankündigung von Baustellen und die sichere Abstellung von Baufahrzeugen. So können Radfahrer:innen rechtzeitig reagieren und Gefahren vermeiden. Regelmäßige Kontrollen der Radwege sind ebenfalls notwendig, um mögliche Gefahrenquellen frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen.

Nur durch verbindliche Regeln, klare Sichtbarkeit und kontinuierliche Überprüfung kann die Sicherheit auf unseren Radwegen nachhaltig verbessert werden. Das ist im Sinne aller Verkehrsteilnehmer:innen und trägt zu einer sicheren, umweltfreundlichen Mobilität in Halle bei.

Vor diesem Hintergrund regen wir an, Baustellen auf Radwegen mindestens zwei Wochen vorher im Baustellenkalender der Stadt anzukündigen und insbesondere bei Dunkelheit oder Dämmerung durch geeignete Maßnahmen – etwa Beleuchtung und reflektierende Markierungen – eindeutig kenntlich zu machen. Baufahrzeuge sollten analog zu den Vorgaben im Straßenverkehr so abgestellt werden, dass eine Gefährdung von Radfahrenden ausgeschlossen wird.

Ebenso regen wir an, dass bei der regelmäßigen Befahrung und Kontrolle der Sicherheit der Radwege (beispielsweise im Zuge der Reinigung der Radwege) die Befahrung fotodokumentiert und diese Dokumentation der Öffentlichkeit auf digitalem Wege zur Verfügung gestellt wird.

Abschließend regen wir an, dass Verkehrsschilder, die den Radverkehr betreffen, so aufzustellen sind, dass sie für Radfahrende frühzeitig und gut erkennbar sind. Die Platzierung soll dabei möglichst neben dem Radweg erfolgen, um eine klare Sichtbarkeit zu gewährleisten und den Radverkehr nicht durch Hindernisse im Fahrbereich zu beeinträchtigen.

## **zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum mähfreifen Mai Vorlage: VIII/2025/01879**

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass die Anregung aufgenommen wird und wies darauf hin, dass es nur städtische Grünflächen betrifft.

### **Anregung:**

Seit 2019 wirkten verschiedene Akteure bei der Aktion „mähfreier Mai“ der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft mit. 2024 rief der Ornithologische Verein Halle e. V. ebenfalls zu der Aktion auf.

Altgrasbestände sind wichtige Überwinterungshabitate von Insekten und Arthropoden, sodass diese hiermit gefördert werden. Somit handelt es sich um eine effektive und kostengünstige Maßnahme, um dem Insektensterben und den anhaltenden Biodiversitätsverlusten auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken.

Vor diesem Hintergrund regen wir an, dass die Verwaltung den „mähfreifen Mai“ ab Mai 2026 jährlich auf geeigneten städtischen Grünflächen umsetzt, dies der Öffentlichkeit kommuniziert und zum Mitmachen aufruft. Ebenso regen wir an, dass die Verwaltung ab 01.09.2026 umsetzt, dass auf den geeigneten Grünflächen ein Altgrasbestand über den Winter bestehen bleibt und nicht im Herbst gemäht wird.

**zu 8.6 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an Haltestellen**  
**Vorlage: VIII/2025/01881**

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass eine Rückmeldung seitens der HAVAG noch aussteht.

**Anregung:**

Halle ist Händelstadt. Wir besitzen außerdem zahllose weitere kulturelle Angebote. Die daraus entstehende Musik bereitet vielen Menschen Freude.

In Städten wie Berlin und München wird in angemessener Weise klassische Hintergrundmusik an ausgewählten Haltestellen des ÖPNV gespielt. Dies verbesserte dort die Atmosphäre während des Wartens und pflegt zugleich die lokale Kultur.

In diesem Sinne bietet eine musikalische Bespielung ausgewählter Haltestellen eine große Chance, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Dies gilt insbesondere auch für Randzeiten, in denen weniger Publikumsverkehr herrscht. Zugleich können wir der klassischen Musik von Künstler:innen aus Halle und der Region einen Raum bieten. Zugleich sichern die freistehenden Positionen der Haltestellen sowie zeitliche Anpassungen der Musikbespielung den Lärmschutz der Anwohner:innen und Geschäfte.

Vor diesem Hintergrund regen wir die Verwaltung an zu prüfen:

- inwieweit in Zusammenarbeit mit der HAVAG eine maßvolle akustische Aufwertung ausgewählter Haltestellen im Stadtgebiet mithilfe regionsbezogener Musik umgesetzt werden kann
- darzustellen, welche Technik notwendig ist und welche Kosten bei der Realisierung und Wartung anfallen
- inwieweit sich die Maßnahme einer maßvollen akustischen Aufwertung in einen übergeordneten thematischen Zusammenhang integrieren lässt
- inwieweit Aspekte des Lärmschutzes bei einer zeitlich durchgängigen sowie alternativ eines zeitlich begrenzten Abspielens Berücksichtigung finden müssen
- inwieweit weitere Rahmenbedingungen (z. B. Verständlichkeit von Durchsagen für sehbehinderte Menschen) für eine Umsetzung zu beachten sind
- bis wann eine Umsetzung eines solchen Projektes erfolgen kann.

**zu 8.7 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Ausfahrt Georgi-Dimitrov-Straße**  
**Vorlage: VIII/2025/01787**

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass das Anliegen umfangreich geprüft wurde. Die Verwaltung sieht aktuell keinen größeren Handlungsbedarf und kann die geschilderte Unfallsituation nicht bestätigen.

**Anregung:**

Im Rahmen einer kürzlich durchgeführten Ortsbesichtigung wurde deutlich, dass die Ausfahrt der Freiwilligen Feuerwehr Ammendorf auf die Georgi-Dimitrov-Straße als gefährlich einzustufen ist. Besonders problematisch ist der vorhandene Verkehrsspiegel, der sich in einem sehr schlechten Zustand befindet: Er ist matt, zu klein und bietet daher keine

ausreichende Sicht für die Verkehrsteilnehmer:innen. Zudem befindet sich die Ausfahrt auf einem bergab führenden Abschnitt in einer Kurve, was die Gefahr zusätzlich erhöht.

Daher rege ich an, die bestehende Verkehrssituation durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf diesem Abschnitt zu entschärfen. Zudem sollte der Verkehrsspiegel umgehend ersetzt bzw. in einen einwandfreien Zustand versetzt werden, um die Sichtverhältnisse deutlich zu verbessern. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die Installation eines einfachen „Halt-Signals“, vergleichbar mit einem an Straßenbahnübergängen üblichen Signal, möglich ist. Die Steuerung dieses Signals könnte über den Fuhrpark der Freiwilligen Feuerwehr erfolgen.

#### **zu 8.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zur Beschilderung Vogelherd**

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass es sich an der Stelle um Straßenbegleitgrün handelt wies darauf hin, dass das Parken auf dem Seitenstreifen der Baumschutzsatzung widerspricht. Aus diesem Grund kann der Anregung nicht gefolgt werden.

##### **Anregung:**

Herr Schiedung regte an, im südlichen Teil des Vogelherdes die Schilder 283 „eingeschränktes Halteverbot“ zu entfernen und dafür die Schilder 315-67 „Parken in Fahrtrichtung“ aufzustellen.

#### **zu 8.9 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zum Aufmerksamkeitsfeld für Blinde und Sehbehinderte am Planetarium**

---

**Frau Dr. Marquardt** informierte, dass das Aufmerksamkeitsfeld vor dem Planetarium in Abstimmung mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und der Denkmalschutzbehörde aufgestellt wurde.

##### **Anregung:**

Herr Schiedung regte an, dass man vor der Einrichtung von Aufmerksamkeitsfeldern für Blinde und Sehbehinderte, wie im Planetarium, Kontakt mit dem Bildungswerk für Blinde und Sehbehinderte aufnehmen sollte, da solche Aufmerksamkeitsfelder speziellen Normen und Regeln entsprechen müssen, um wirklich geeignet zu sein. Er sagte, dass das Feld am Planetarium nicht geeignet ist.

**zu 8.10 Anregung der Fraktion Volt / MitBürger zum Ausbau der halböffentlichen Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet**  
**Vorlage: VIII/2025/01886**

---

**Herr Rebenstorf** erklärte, dass die Anregung aufgenommen werden kann, solange sie keine größeren Ressourcen bindet, insbesondere finanziell. Die Kollegen werden sich die Details ansehen. Alles, was mit vertretbarem Aufwand machbar ist, wird umgesetzt; darüberhinausgehende Maßnahmen müssen gegebenenfalls im Haushalt personell berücksichtigt werden.

**Anregung:**

Die halböffentliche Ladeinfrastruktur stellt eine wichtige Ergänzung zu privaten Ladepunkten sowie zur öffentlichen Ladeinfrastruktur dar. Für 2026 wurde für die Stadt Halle (Saale) ein Bedarf von 292, für 2028 von 447 und für 2030 von 588 halböffentlichen Ladepunkten definiert.

Im „Ganzheitlichen kommunalen Elektromobilitätskonzept für die Stadt Halle (Saale)“ wird unter anderem folgende Empfehlung zum Thema halböffentliches Laden gegeben: „Eine enge Zusammenarbeit mit Einkaufszentren, Parkhäusern und anderen Einrichtungen ist erforderlich, um Ladepunkte auf deren Parkflächen zu errichten. Die Errichtung und Nutzung von Lade-Hubs an Tankstellen und Einkaufszentren sollte gefördert werden“.

Vor diesem Hintergrund regen wir an, dass die Verwaltung im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten lokale Akteure beim eigenwirtschaftlichen Ausbau der halböffentlichen Ladeinfrastruktur, die laut dem o. g. Konzept für die Jahre 2026, 2028 und 2030 jeweils notwendig ist, unterstützt. Dabei sollen insbesondere

- Akteure hinsichtlich der Beantragung von Bundes- oder Landesfördermitteln proaktiv beraten,
- schnelle, unbürokratische Genehmigungsprozesse aufgesetzt und diese transparent kommuniziert und
- alle halböffentlichen Ladepunkte im Stadtgebiet auf einer Online-Karte veröffentlicht werden.

**zu 8.11 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Erweiterung der Kategorien im Internet-Meldeportal**  
**Vorlage: VIII/2025/01757**

---

**Herr Bürgermeister Geier** erklärte, dass die Anregung nicht aufgenommen wird, weil das Portal als konkreter Mängelmelder konzipiert und weil bereits eine Vielzahl an Kategorien zur Einordnung vorhanden ist. Die gewünschte Kategorie wird bewusst nicht angeboten, da sonst unspezifische Antworten oder Meinungsäußerungen eingingen. Dies widerspräche der eigentlichen Intention des Portals: konkrete Mängel anzuzeigen.

**Anregung:**

Das Internetportal „Sag’s uns einfach“ ist eine niederschwellige und einwohnerfreundliche Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, um Mängel oder Schäden im halleischen Stadtgebiet

schnell und unkompliziert zu melden. Die im Portal verfügbaren Kategorien reichen von „Defekte Verkehrsanlagen“ bis zu „Schrottfahrräder, Einkaufswagen“.

Wenn Nutzende eine Meldung absenden, die keiner der vorgegebenen Begriffe zuzuordnen ist, beispielsweise zu verschmutzten oder beschädigten öffentlichen Toiletten, bekommen sie per E-Mail folgende Antwort: „Sehr geehrter Melder, mit dem Halle-Melder können schnell und unkompliziert kleine Mängel in unserem Stadtgebiet gemeldet werden. Auf der Startseite des Online-Portals „Sag’s uns einfach“ haben wir dafür Kategorien vorgegeben. Ihr Hinweis ist keiner dieser Kategorien zuzuordnen. Wir bitten um Verständnis, dass Ihre Meldung nicht veröffentlicht werden kann. Ihre Meldung wird dennoch geprüft und Sie erhalten abschließend eine direkte Information. Bitte haben Sie etwas Geduld...“

### **Wir regen deshalb an:**

Zusätzlich zu den vorgegebenen Begriffen wird eine weitere Kategorie „Sonstiges“ in das Meldeformular des Internetportals „Sag’s uns einfach“ aufgenommen.

## **zu 8.12 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Erprobung einer KI-Anwendung in Stadtverwaltung und Bürgerservice Vorlage: VIII/2025/01792**

---

**Herr Bürgermeister Geier** informierte, dass die Verwaltung die Anregung im Rahmen der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses der KI-Strategie prüft und nach Möglichkeit aufnimmt.

### **Anregung:**

Die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen ist eines der zentralen Modernisierungsthemen der halleschen Stadtverwaltung. Bereits im Mai-Stadtrat haben wir in diesem Kontext auf die Bedeutung virtueller Bürgerdienste für Berufstätige, pflegende Angehörige und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen hingewiesen und verstärkte Anstrengungen der Stadtverwaltung zu deren Implementierung gefordert (VIII/2025/01200).

Ein dabei häufig unterschätzter Engpass im Verwaltungsalltag bleibt der hohe Anteil telefonischer Standardanfragen, der Personal bindet und Bearbeitungszeiten verzögert. Hier könnte der Einsatz digitaler Lösungen – ergänzend zur bereits angeregten Online-Videoberatung — durch einen KI-gestützten Telefonassistenten, der Anfragen automatisiert beantwortet und allen Bürgern einen einfachen Zugang zu Verwaltungsleistungen ermöglicht, sinnvoll erweitert werden.

Die Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck hat als erste Kommune Sachsen-Anhalts die Einführung eines solchen Systems gerade angekündigt, um

- häufige Bürgeranfragen automatisiert zu beantworten,
- telefonische Erreichbarkeit außerhalb der Öffnungszeiten sicherzustellen und
- Mitarbeitende von Routineaufgaben zu entlasten.

Bürgermeister René Schernikau betonte in der Mitteldeutschen Zeitung vom 15.07.2025, dass es sich um einen KI-basierten Chatbot mit echter Dialogfähigkeit, Mehrsprachigkeit und Terminvereinbarung handeln soll.

Auch Gelsenkirchen hat mit der KI „Emma“ des lokalen Unternehmens evocenta GmbH positive Erfahrungen gesammelt. Die KI wird nach einer erfolgreich absolvierten Testphase ab 2026 eine rechtssichere automatisierte Beantwortung von Standardanfragen, die Weiterleitung sensibler Anliegen sowie spürbare Verbesserung der Erreichbarkeit - bei hohem Datenschutz- und Nutzerkomfort bieten. Diese Beispiele zeigen: Ein KI-Assistent

könnte auch für Halle (Saale) einen konkreten Mehrwert schaffen — zur Entlastung der Verwaltung, Verbesserung des Bürgerservice und das ggf. mit Fördermitteln unterstützt.

Deshalb regt die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER an:

1. den Entwickler der KI-Anwendung „EMMA“, die Evocenta GmbH aus Gelsenkirchen, zu kontaktieren und einen durch das Unternehmen beworbenen „Demo-Termin“ anzufordern und wahrzunehmen.
2. die Möglichkeit der Einführung der KI-Anwendung „EMMA“ für die Stadtverwaltung (Saale) – vorzugsweise im Bürgerservice – zu prüfen.
3. bei der Prüfung die Erfahrungen der Stadt Gelsenkirchen zum System einzubeziehen und hierfür Kontakt zur Kommune aufzunehmen.
4. zur Einführung auf mögliche Förderprogramme bzw. Finanzierung des Landes oder Bundes zurückzugreifen.
5. im Lichte der Haushaltskonsolidierung nötige Eigenmittel zur Einführung als Investition in die Zukunft unserer Stadt zu betrachten - und diese durch Einsparungen an anderer Stelle zu decken.
6. über die Prüfergebnisse und etwaige Umsetzungsmöglichkeiten im zuständigen Ausschuss zu berichten und spätestens bis zum 30.04.2026 dem Stadtrat.

**zu 8.13 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur interkommunalen Bündelung der Radwege-Unterhaltung und des Radwegebaus zwischen Stadt Halle (Saale) und Saalekreis  
Vorlage: VIII/2025/01783**

---

**Herr Rebenstorf** erklärte, dass die Anregung mit Zuständigkeiten für die Straßen zu tun hat. Innerhalb des Stadtgebiets Halle ist das meist einfacher, da die Stadt in den meisten Fällen Straßenbaulastträger ist oder die Baulast für Bundesstraßen übertragen bekommt, sodass Maßnahmen gebündelt von der Verwaltung umgesetzt werden können. Bei bestimmten Verbindungsstrecken, z. B. zwischen Trotha und Mohrl, Frohe Zukunft/Oppin, B6 Bruckdorf/Gröbers und zwischen Halle-Neustadt und Bennstedt, ist nicht der Saalekreis zuständig, sondern die Landesstraßenbaubehörde. Deshalb würde eine Zusammenarbeit mit dem Saalekreis hier nichts bringen. Bei Bedarf und wenn die Strukturen des Saalekreises arbeitsfähig sind, wird die Stadt selbstverständlich zusammenarbeiten, insbesondere bei Gemeindestraßen.

**Anregung:**

Im Saalekreis liegen die laufende Unterhaltung sowie die Planung und Realisierung von Radwegen bislang in der Verantwortung der einzelnen Kommunen. Landrat Hartmut Handschak hat angeregt, diese Aufgaben künftig in einer kommunalen Gesellschaft zu bündeln. Die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER im Stadtrat von Halle (Saale) regt an, diesen Ansatz konsequent weiterzudenken und eine gemeinsame Bündelung jener Aufgaben zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Saalekreis ins Auge zu fassen. Die Argumente dafür sind überzeugend: Effizienzgewinne in der Verwaltung, spürbare Kostensenkungen in haushaltspolitisch angespannten Zeiten und ein planvoller Lückenschluss von Radverbindungen, die heute noch allzu häufig an Verwaltungsgrenzen enden. Zugleich würde eine solche Zusammenarbeit dazu beitragen, dass Halle und sein Umland für die Bürgerinnen und Bürger noch enger zusammenwachsen – im Alltag, in der Mobilität und im regionalen Bewusstsein.

Die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER regt deshalb an, gemeinsam mit dem Saalekreis die dauerhafte interkommunale Bündelung

- der Radwege-Unterhaltung
- der gemeinsamen Planung und Realisierung von Radwegen ins Auge zu fassen.

**zu 8.14 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Unterstützung von Gewerbetreibenden bei Baustellen – bei Neuverhandlung des Werbenutzungsvertrags**  
**Vorlage: VIII/2025/01827**

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass bei der erneuten Ausschreibung des Werbenutzungsvertrags die Anregung in die Betrachtung einfließen wird.

**Anregung:**

Der Werbenutzungsvertrag der Stadt Halle (Saale) mit der Ströer DSM GmbH räumt dem Konzessionär weitreichende Exklusivrechte für Werbung im öffentlichen Raum ein. Für Gewerbetreibende, deren Geschäfte und Betriebe durch städtische Baustellen in ihrer Sichtbarkeit und Erreichbarkeit erheblich beeinträchtigt sind, besteht derzeit keine Möglichkeit, ohne Genehmigung und ggf. zusätzliche Kosten auf ihre Angebote hinzuweisen oder ihre Kundschaft über alternative Wege und Zugänge zu informieren. Insbesondere bei langen und großflächigen Baustellen verlieren Kunden oft die Orientierung oder den Zugang zu örtlichen Gewerbetreibenden.

Diese Situation führt nachweislich zu Umsatzeinbußen und gefährdet die lokale Wirtschaft. Eine vertragliche Ergänzung zur temporären und unbürokratischen Zulassung solcher Werbemaßnahmen während der Bauzeit stärkt die betroffenen Betriebe und trägt zum Erhalt der innerstädtischen Gewerbestrukturen bei.

Daher regt unsere Fraktion an, bei der erneuten Verhandlung des Werbenutzungsvertrages auf folgende Ergänzungen hinzuwirken:

1. Die betroffenen Gewerbetreibenden erhalten das Recht, für die Dauer der Baustelle eigene Werbemittel (z. B. Banner, Aufsteller, Hinweisschilder) im Bereich der Baustelle oder in unmittelbarer Nähe ihres Betriebes anzubringen.
2. Für diese temporären Werbemaßnahmen entfallen Gebühren und Genehmigungserfordernisse gegenüber der Stadt und der Ströer DSM GmbH.
3. Art, Umfang und Standorte der Werbemittel haben den Anforderungen der Verkehrssicherheit, des Fußgänger- und Straßenverkehrs sowie des Stadtbildes zu genügen.
4. Für diese Werbemaßnahmen ist weder ein Genehmigungs-, Anzeige- noch Meldeverfahren erforderlich.

## zu 9      **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 9.1      **Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zur gesundheitlichen Situation der Mitarbeitenden und zum Umgang mit Überlastungsanzeigen** **Vorlage: VIII/2025/01887**

---

**Herr Bürgermeister Geier** informierte, dass die Beantwortung der Anfrage in einer späteren Sitzung erfolgt.

### zu 9.2      **Herr Wels zu Übergriffen am Leipziger Turm**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

#### **Herr Bürgermeister Geier**

Jetzt mündliche Anfragen. Da fange ich mal an mit dem Herrn Wels an.

#### **Herr Wels**

Vielen Dank, Herr Geier. Unsere Fraktionen liegen vermehrte Hinweise vor, und zwar aus der Bürgerschaft, dass es an der öffentlichen Toilettenanlage am Leipziger Turm wiederholt zu unangemessenen Annäherungen und auch sexuellen Belästigungen gegenüber männlichen Nutzern gekommen sein soll, und zwar von Männern. Und da die Hinweise eben gehäuft auftreten und auch unabhängig voneinander, muss man halt diese prekäre Situation nochmal ansprechen. Die Frage: Ist der Verwaltung dieser Zustand oder diese Vorfälle bekannt? Wie wird die Lage an diesem Standort eingeschätzt? Und wenn die Vorfälle bekannt oder nicht bekannt sein sollten, das wäre auch meine Bitte und auch die Frage, ob das Ordnungsamt diesbezüglich mal arbeiten kann und da vielleicht eine Bestreifung vornimmt und das mal überprüft.

#### **Herr Bürgermeister Geier**

Danke für den Hinweis. Herr Rebenstorf.

#### **Herr Rebenstorf**

Ja, Herr Vorsitzender, ich kann es jetzt nur mitnehmen und an die Kollegen vom Ordnungsamt weitergeben. Danke.

#### **Herr Wels**

Ach so, und das hätte man theoretisch auf der Plattform oder sonstiges theoretisch auch fragen können, oder verdreckte Toiletten. Das ist dann der Punkt, was unsere Anregung ja betrifft. Was ist denn, wenn ich beispielsweise irgendwo bin im öffentlichen Toilettenbereich, total verdreckt, ich kann es theoretisch überhaupt nicht melden. Das haben wir ja mal probiert, so etwas mal, oder andere haben es probiert, und da gibt es Rückmeldungen. Und über diesen umständlichen Weg, es am Ende hier zu lösen, hätte es hier in dieser einen Kategorie viel leichter sein können.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Na gut, aber wenn ihr doch als Fraktionen irgendwelche Informationen habt, dann ist es auf der anderen Seite auch kein Problem, diese Informationen direkt an die entsprechenden Stellen in der Verwaltung, also Frau Reinhardt oder die Anlaufstellen, die da möglich sind. Das geht doch immer.

*Zwischenrufe*

Gut, also ich kenne jetzt diese zwölf Kategorien nicht im Einzelnen jetzt. Ich gebe allerdings zu, dass möglicherweise für den einen oder anderen Nutzer die Zuordnung zu diesen Kategorien vielleicht nicht ganz so einfach ist. Aber diese Plattform, die ist sozusagen für reine Mängel aufgelistet. Und ich kann mir jetzt nicht vorstellen, dass wenn ein Urinal nicht geht, dass man das dort nicht irgendwie... Also das kann man ja mal...

Gut, da muss man da nochmal gucken. Aber ich denke, das Thema öffentliche Toiletten ist ja sowieso in diesem Toilettenkonzept zu diskutieren. Also, da muss man ja sowieso irgendwie rangehen. Wir haben das ja auch regelmäßig, wenn hier auf dem Marktplatz Veranstaltungen sind, dass da Toilettenfrage ist.

*Ende des Wortprotokolls*

---

### **zu 9.3 Frau Dr. Wünscher zu Vandalismus am Landesmuseum**

---

### **zu 9.4 Frau Dr. Wünscher zur Straßenbeleuchtung im nördlichen Stadtbereich**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diese Tagesordnungspunkte ein Wortprotokoll angefertigt.*

### **Herr Bürgermeister Geier**

Gut, dann ist die Frau Dr. Wünscher dran. Dann muss ich die Reihenfolge einhalten.

### **Frau Dr. Wünscher**

Ja, Herr Vorsitzender, Herr Geier, ich habe zwei Fragen. Und zwar wollte ich fragen, ob der Stadt bekannt ist, dass es jetzt wieder vermehrt zu massiven Lärmbelästigungen am Landesmuseum kommt, am Rosa-Luxemburg-Platz und auch zu einer Häufung von wirklich erheblichen Vandalismusschäden. Also mit brennenden Müllcontainern, wo dann auch noch die E-Roller draufgeworfen werden, damit es besonders gut brennt und auch irgendwann knallt. Und das ist ein neuer Zustand, dass auch die Seitenstraßen, die also sozusagen von diesem Platz abgehen, dass auch dort, also flächendeckend, das kann man wirklich so sagen, Vandalismusschäden zu verzeichnen sind. Ist das der Stadt bekannt oder was können Sie sich vorstellen, was dagegen zu tun wäre? Also Landesmuseum ist ja lange bekannt, das war jetzt mal eine Weile ruhig. Jetzt ist es wieder anders.

Und die nächste Frage, die ich noch habe, ist, dass mir aufgefallen ist, dass am Montagabend, also in Richtung Norden der Stadt, also ziemlich flächendeckend, die Straßenbeleuchtung ausgefallen war. Und welchen Grund gibt es dafür? Also die Geiststraße, die Bernburger Straße, Mühlweg und dann auch übers Landesmuseum hinaus, dass dort also keine Straßenbeleuchtung war.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Gut, Herr Rebenstorf.

### **Herr Rebenstorf**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Frau Dr. Wünscher, dass der Rosa-Luxemburg-Platz vor dem Landesmuseum immer ein gewisser Ort von Lärmereignissen ist, Jugendlichen-Treffs und so weiter, ist uns natürlich bekannt. Aufgrund Ihrer Hinweise, die Sie jetzt gegeben haben, würde ich mich mit dem Ordnungsamt nochmal in Verbindung setzen und dass wir uns die Situation tagesaktuell vor Ort nochmal anschauen und dann darüber nachdenken, ob hier nochmal konkreter Handlungsbedarf über das normale Maß hinaus ist oder ob es genügt, dass man in den nächsten Wochen immer wieder die Bestreifung intensiviert.

Und zum Thema Beleuchtung, ich habe das auch nur mitgekriegt, dass die Beleuchtung ausgefallen ist, aber einen Grund kann ich Ihnen jetzt hier spontan aus dem Steggreif nicht nennen, müssten wir bei den Stadtwerken anfragen, was da der Grund ist.

### **zu 9.5 Herr Berkes zu TOP 8.1**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

### **Herr Bürgermeister Geier**

Jetzt geht es weiter mit dem Herrn Berkes.

### **Herr Berkes**

Ja, ich muss noch mal auf die Anträge, also Anregungen 8.1 und 8.2, zurückkommen. Und erst eine Vorbemerkung: Ich bin das erste Mal hier. Ich bin erschrocken über manche Antwort. Und zu der Bemerkung, Herr Rebenstorf muss heute umfangreich antworten, kann ich nur sagen: Also, auf der Quantität mag das ja stimmen, aber das, was ich an Qualität gehört habe, kann ich dem nicht zustimmen.

Aber jetzt mal zum Problem 8.1. Also, wir haben uns als Fraktion, wie auch die Volt/MitBürger, vielleicht auch andere, Gedanken gemacht über die Effizienz des 24-Stunden-Ordnungsdienstes und mit der Antwort: „Die Digitalisierung ist geplant und irgendwann wird mal eine Statistik eingeführt“, werden wir uns also auch in Zukunft nicht zufriedengeben. Warum? Es sind 8 bis 16 Bedienstete im Einsatz. Es werden Zuschläge im Jahr 2024 278.000, im Jahr 2026 342.000. Es werden 18 neu geschaffene Stellen mit einem Personalkostenaufwand von 1,25 Millionen hier geschaffen haben. Und da muss doch die Frage nach der Effizienz und dem, was dort eigentlich abläuft, die muss doch gerechtfertigt sein.

Die CDU war, wie viele andere auch, für die Einführung des Nachtdienstes. Aber die Frage, ob man das mal evaluiert, und wie gesagt, bei dieser katastrophalen Haushaltslage und 1,2 Millionen nur dafür, da muss man einfach mal auch da näher reingucken.

Und jetzt konkret. Uns geht es auch um die Inhalte des Einsatzes der Mitarbeiter. Also, wenn wir also lesen, dass 97 Prozent für Knöllchenverteilen eingesetzt werden, dann regen wir mal an, wir haben es ja jetzt in den letzten Ausschüssen gehört, dass es illegales Glücksspiel in Halle gibt und Automaten, und dann könnte man ein neues Betätigungsfeld finden. Oder wenn ich bei der HAVAG lese, dass die Sicherheitsleistungen zurückgefahren werden, dann könnte man natürlich auch die Ordnungsamt-Mitarbeiter Straßenbahn fahren lassen, um die Sicherheit zu erhöhen.

Also, da wollte ich nur sagen, wir sind dafür, dass also relativ zeitnah hier eine Statistik eingeführt wird. Das erstmal zu 8.1.

**Herr Bürgermeister Geier**

Aber das war ja jetzt leider keine Frage nochmal.

**Herr Berkes**

Doch, ich habe die Frage gestellt, ob die Ordnungsamtsmitarbeiter nicht auch dafür eingesetzt werden können, in der Straßenbahn mitzufahren. Weil ja die HAVAG durch ihr Einsparprogramm ja jetzt also Sicherheitsleistungen reduziert. Vielleicht kann ja das durch das Ordnungsamt ausgeglichen werden.

Und wie gesagt, in den anderen Ausschüssen hatten wir jetzt mehrfach, auch im Rahmen der Haushaltsdebatte, dass der Vertreter dieser Spielerautomaten hier war und gesagt hat, es gibt da genügend illegale Einrichtungen und ob da nicht vielleicht auch ein Betätigungsfeld für das Ordnungsamt wäre. Das sind die zwei konkreten Fragen oder Anregungen. Und wie gesagt, eine zeitnahe Einführung der Statistik.

**Herr Bürgermeister Geier**

So, Kollege Rebenstorf nochmal und ich würde dann gegebenenfalls nochmal ergänzen.

**Herr Rebenstorf**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Berkes, ich lade Sie gerne ein, mit den Kollegen vom Ordnungsamt mal zu sprechen, dass Sie mal ein Gefühl dafür kriegen, was deren Aufgaben sind und was es am Ende bedeutet, nochmal eine Statistik anzulegen und nochmal Verwaltungsaufwand. Ich glaube, wir diskutieren hier sehr viel, wo kann die Verwaltung Bürokratie abbauen. Das ist mein Angebot und natürlich gilt das auch an die anderen Fraktionen, nicht nur an den einzelnen Stadtrat. Wenn da Bedarf ist, organisiere ich gerne ein Gespräch mit dem Ordnungsdienst, dass sie ein Gefühl auch in der Tiefe dafür bekommen, womit die Kollegen sich jeden Tag auch im Bürokratiebereich auseinandersetzen müssen und dann legen wir gerne gemeinsam fest, was sie an Informationen brauchen, um ihr Stadtratsmandat vernünftig ausführen zu können. Weil ich habe das Gefühl, Herr Berkes, auch in Bezug auf den nächsten Punkt, weil es den übertragenen Wirkungskreis der unteren Verkehrsbehörde betrifft, dass wir hier sonst in ein Pingpongspiel kommen. Ich glaube, das kann man nur am konkreten Fallbeispiel ausführlich besprechen.

**Herr Berkes**

Das Angebot nehmen wir natürlich gerne an. Ich möchte noch etwas sagen zu der Stellungnahme von Herrn Rebenstorf zum Vogelherd. Da hat Herr Rebenstorf ausgeführt, dass Parken auf den Randstreifen nicht möglich ist aus Sicherheitsgründen. Das war aber nicht die Frage dieser Anregung. Die Frage von Herrn Schiedung war, das Längsparken zu erlauben? Die Frage wurde nicht beantwortet.

**Herr Rebenstorf**

Auch da das Gleiche, wir können es uns gerne im Detail angucken, der Platz reicht dann nicht aus. Weil Sie müssen am Ende, wenn Sie es auf beiden Seiten erlauben, und das haben wir jetzt so oft in der Stadt, Sie müssen sich damit auseinandersetzen, dass die Autos dummerweise in den letzten Jahrzehnten breiter geworden sind. Und wir haben schlicht und ergreifend das Problem bei den schmalen Straßen im Bestand, wenn auf beiden Seiten geparkt wird, dass wir irgendwann unter die drei Meter fallen und die Feuerwehr nicht mehr durchpasst. Auch das können wir uns gerne nochmal im Detail anschauen, dann würde ich entsprechende Pläne vorbereiten lassen, weil sonst besteht auch wieder hier die Gefahr, dass so ein Ping-Pong dann entsteht.

**Herr Berkes**

Nehmen wir auch gerne an.

*Ende des Wortprotokolls*

## zu 9.6 Herr Berkes zu TOP 8.8

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

### **Herr Bürgermeister Geier**

Okay, gut. Ja, dann geht es weiter zur Frau Müller.

*Zwischenrufe*

Ja, ja, ich gehe jetzt so runter und dann gehe ich zurück zu Andreas Silbersack. Danach, danach, danach. Es dauert noch.

*Zwischenrufe*

### **Herr Berkes**

Ich hatte auch eine Antwort zu 8.2 von Herrn Rebenstorf. Da wollte ich ja noch mal so ein Bild zeigen. Ich hatte ja vorbereiten lassen, dass man mir das Bild zeigt, worum es eigentlich geht. Also das nicht, sondern das drittletzte bitte.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Das ist jetzt natürlich, Herr Berkes, wirklich sehr spezifisch.

Ja, gut. Okay, also es geht sozusagen darum, wenn Radfahrer beim Ein- und Ausstieg der Fahrgäste.

### **Herr Berkes**

Also ich sage mal, die Antwort der Verwaltung ist ja richtig, theoretisch richtig. Auch der Radfahrer muss also die Straßenverkehrsordnung beachten. Und wenn die Straßenbahn hält und die Leute einen aussteigen, muss er theoretisch anhalten und muss warten, bis die alles vorbei ist. Das passiert aber nicht in der Regel, in der Praxis. Und es gibt also immer Konfrontationen zwischen Fahrgast und Radfahrern. Und da war der Vorschlag des Fahrgastbeirates, so ein Piktogramm an diese Haltestellen sozusagen zu machen. Und wir finden es schade, wenn das eben zu viel Aufwand ist. Danke.

*Ende des Wortprotokolls*

## zu 9.7 Frau Müller zum Parken im Paulusviertel

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

### **Herr Bürgermeister Geier**

Dann gehen wir jetzt weiter zur Frau Müller.

### **Frau Müller**

Ich habe keine Bilder mitgebracht. Ich habe tatsächlich mal, wahrscheinlich richtet sich das auch an Herrn Rebenstorf, ich habe mal eine Frage zum Parkdruck im Paulusviertel. Also, zu der Grundproblematik muss man ja nicht viel erklären. Jetzt ist das ja tatsächlich so, im Paulusviertel werden dann in den unterschiedlichen Straßen zu unterschiedlichen Wochentagen Parkverbote ausgeschildert. Also, die sind dauerhaft ausgeschildert wegenkehrmaschinen.

Zum einen erklärt sich da nicht wirklich eine Logik, warum diese Kehrmaschinen in manchen Straßen fahren und in manchen nicht. Das würde mich zum einen mal interessieren, was ist da eigentlich für eine Systematik dahinter. Weil natürlich durch diese dann gesperrten Straßen natürlich auch zusätzlicher Parkdruck entsteht. Ich wohne zum Beispiel in der Schillerstraße. Und das ist eine sehr breite Straße und da kommt keine Kehrmaschine vorbei. Und in anderen Straßen, die nicht so breit sind, fahren Kehrmaschinen. Zumindest wird gesagt, dort sind Kehrmaschinen und ein Parkverbot. Tatsächlich lebe ich seit 13 Jahren im Paulusviertel. Ich will es jetzt nicht unterstellen, aber ich habe noch nie eine Kehrmaschine gesehen. Wirklich, ich habe noch nie eine Kehrmaschine im Paulusviertel gesehen.

**Herr Bürgermeister Geier**

Das kann ich mir nicht vorstellen, in der Stadt fahren genügend Kehrmaschinen rum.

**Frau Müller**

Darf ich bitte auseinander ausreden, Herr Bürgermeister?

Und dann kommt noch dazu, unten da wo der Kreis ist, wo die Kirche ist, das ist die Schleiermacherstraße glaube ich unten, da sind ja Teileautos Parkplätze ausgewiesen. Und diese Teileautos, die stehen dauerhaft dort. Und auch in dieser Straße wird dann an einem bestimmten Wochentag ein Parkverbot verhängt. Die Teileautos stehen aber dauerhaft da. Was macht die Kehrmaschine da? Alle anderen müssen weg, suchen dann sich woanders jeweils einen Parkplatz, was nicht leicht ist. Und die Kehrmaschine kommt aber eigentlich trotzdem nicht da lang, weil die Teileautos die ganze Zeit dort stehen dürfen. Und jetzt wollte ich wirklich diese Systematik erklärt haben. Und wie gesagt, das ist keine Unterstellung, aber wann fährt dort eine Kehrmaschine? Und gerade jetzt im Herbst kann man glaube ich auch gut sehen, wo das ganze Laub fällt, dass da irgendwie nicht gekehrt wird. Zumindest nicht dann, wenn angeblich gekehrt werden soll. Ich lege keinen Wert aufs Kehren, das will ich gar nicht sagen. Ich lege Wert auf die Parkplätze, die da im Zweifelsfall stehen.

**Herr Bürgermeister Geier**

Es ist schon wichtig, dass man vor der Haustür kehrt.

Der Herr Rebenstorf wird jetzt möglicherweise einen Vor-Ort-Termin vorschlagen, aber was nochmal wichtig ist, der Stadtrat beschließt eine Straßenreinigungssatzung und da steht genau drin, welche Straße sozusagen und wie oft gekehrt, also wo Kehrmaschine drüber fährt.

Ja, das steht da drin.

**Herr Rebenstorf**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Müller, ich möchte ungern immer von dem Instrument Gebrauch machen, schriftlich antworten zu wollen. Aber sehen Sie es mir nach, das ist nicht machbar, dass ich Ihnen das jetzt hier im Detail aufschlüsseln kann. Ich weiß es auch ehrlich gesagt nicht, wie der Wochen- und Monatsplan der HWS an der Stelle ist. Natürlich werden die Beigeordneten hinzugezogen, wenn grundsätzlich die Verträge neu zu verhandeln und zu schließen sind. Denn ich kann das einfach nicht wissen, wann welche Straßen, nach welchem Rhythmus, welches Viertel, wie das dann zusammenhängt im Umlauf der Fahrzeuge und so weiter und so fort. Ich kann da leider nur auf eine schriftliche Antwort jetzt verweisen, dass die HWS uns das nochmal sauber erklärt, wie der Turnus ist und Ihre Fragen im Detail dann nochmal beantwortet. Vielen Dank.

**Frau Müller**

Ja gut, das mit der Reinigungssatzung, das hat sich dann aber, wie gesagt, die Frage ist, fahren da wirklich Kehrmaschinen?

*Ende des Wortprotokolls*

## zu 9.8 Frau Müller zur Baumaßnahme Emil-Abderhalden-Straße

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

### **Frau Müller**

Da habe ich noch eine zweite Frage. Es gab bis vor ein paar Wochen, meine ich, in der Emil-Abderhalden-Straße eine Baumaßnahme. Da stand wirklich monatelang, ewig lange ein Kran. Das war irgendeine private Baumaßnahme, irgendein privater Bauherr hat dort eine Baulücke, glaube ich, gefüllt. Dort stand sehr lange ein Baukran. Entsprechend waren dort auch eine ziemlich große Absperrung, entsprechend auch Parkplätze weggefallen. Diese Baustelle ging ewig nicht vorwärts. Jetzt ist die, ich glaube, das war fast zwei Jahre, diese Absperrung dort.

Jetzt ist diese Baustelle irgendwann mal beendet. Die Frage, die ich mir da auch gestellt habe, ist, inwiefern, also wenn so eine privaten Bauherren dort sozusagen dafür sorgen, dass dann eben auch die Straße gesperrt ist, dass die Parkplätze wegfallen, und dann gehen solche Bauarbeiten aber nicht vorwärts, inwiefern hatten die Stadt da irgendwann mal ein Eingriffsrecht, weil es wird dauerhaft der öffentliche Raum im Grunde abgesperrt durch private Bauherren.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Frage verstanden. Herr Redenstorf.

### **Herr Rebenstorf**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Sperrung der Straße in solchen Fällen wird über die Sondernutzung der Straße geregelt. Im engen Innenstadtbereich ist es klar, können die das nicht alles auf ihrem Grundstück abbilden, weil die Häuser ja sofort an der Straße stehen. Also brauchen die den Platz. Wenn die Baustelle zum Stehen kommt, langsam weiterläuft, davon haben wir leider sehr viele im Moment in der Stadt, hat nichts mit der Verwaltung zu tun, hat schlicht und ergreifend was mit marktwirtschaftlichen Bedingungen zu tun. Und da kommen wir irgendwann an dem Punkt, zeigt der Bauherr eine Unterbrechung an oder baut er langsam weiter. Wenn er langsam weiter baut, auch wenn uns allen das zu langsam erscheint, ist das keine Unterbrechung der Baustelle. Die Anzeige macht er auch deswegen dann, wenn nichts mehr passiert, um seine Baugenehmigung gegebenenfalls noch über die Zeit zu retten. Aber solange wie der am Ende des Tages baut, auch wenn es nicht schnell ist und er der Zahlung der Gebühren nachkommt, für die Sondernutzung, ist die Handhabe eingeschränkt an der Stelle. Weil wir natürlich wollen, dass das Bauvorhaben geordnet zu Ende gebracht wird und keine neue Ruine dasteht.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Jetzt habe ich noch mal eine Frage. Der Kran ist aber jetzt weg?

Frau Müller

Inzwischen ist er weg.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Alles klar. Okay, vielen Dank.

*Ende des Wortprotokolls*

## zu 9.9 Herr Eigendorf zum IKC

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

### **Herr Eigendorf**

Vielen Dank, Herr Bürgermeister Geier. Herr Rebenstorf, das geht direkt wieder an Sie. Sie können sich als nicht wirklich erholen. Das liegt natürlich an der Stelle auch daran, auch heute, wie oft Sie antworten, dass Sie einen sehr großen Geschäftsbereich haben mit vielen wichtigen Themen.

Und ich möchte an der Stelle auf einen Punkt gerne zu sprechen kommen, der mit einem Thema im Zusammenhang steht, das wir hier in den letzten Wochen immer wieder diskutiert haben, im Hauptausschuss, im Stadtrat, in einer Sondersitzung. Das ist das ganze Thema IKC. Mit dem Thema war Ihr Geschäftsbereich befasst. Zumindest bin ich der Meinung, dass die Abteilung Baugenehmigung ja bei Ihnen im Geschäftsbereich ist, und wir haben nun gemerkt, dass das ein Verfahren war, Herr Rebenstorf, wo es einige Diskussionen gab, wo es auch Fragen gab von Auslegung, von Baurecht, von Normen etc. Nun haben wir die Möglichkeit bekommen, entsprechend Akteneinsicht zu nehmen. Ich finde es einen schönen Service, dass man an der Stelle jetzt nicht zu ihnen fahren muss, sondern das direkt im Ratshof zu machen, weil die Akte dort lag. Und wenn man die liest, dann ergibt sich eine Frage, die ich gerne ganz allgemein formulieren möchte in Bezug auf dieses Verfahren, nämlich inwiefern Sie da an der Stelle, gerade bei solchen Sachverhalten, die vielleicht auch mal ein bisschen kritischer sind, Ihre Rolle als zuständiger Beigeordneter, vielleicht auch Ihre Beratungsrolle, wahrnehmen, wenn es da Verfahren gibt, die sich doch über eine Weile ziehen und nicht unkritisch sind. Vielleicht erst mal so gefragt, Herr Rebenstorf.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Gut, Herr Rebenstorf, bitte.

### **Herr Rebenstorf**

Also, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Eigendorf, wenn es bei Bauvorhaben, egal welcher Art, unabhängig vom Ansehen der Person oder des Antragstellers Schwierigkeiten im Geschäftsbereich gibt, auch unter den Geschäftsbereichen, dass ich mich immer aktiv eingebracht habe, um die Probleme zu lösen, Gespräche herbeizuführen, selber Anregungen zu geben, mir die Dinge auf den Tisch zu ziehen, mir die Akten anzusehen und, wenn es notwendig war, auch außerhalb meines Geschäftsbereiches mit den anderen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung die entsprechenden Gespräche zu führen, damit wir die Projekte ordnungsgemäß zu Ende bringen können.

### **Herr Eigendorf**

Es irritiert mich jetzt, weil zumindest in der Akte, die uns zur Verfügung gestellt war, davon nichts zu sehen war, dass das, was Sie gerade geschildert haben, in irgendeiner Form erfolgt ist. Vielleicht könnten Sie dazu nochmal was sagen.

### **Herr Rebenstorf**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Eigendorf, ich kann Ihnen versichern, alles, was auch schriftlich bei mir über den Schreibtisch gegangen ist, ist den Akten beigefügt worden. Die Akten sind vollständig. Davon habe ich mich nochmal versichert, als Sie in den Ratshof gegangen sind.

**Herr Bürgermeister Geier**  
Herr Eigendorf.

**Herr Eigendorf**

Vielen Dank, Herr Rebenstorf. Da bin ich jetzt an der Stelle irritiert. Ich glaube, einige Kolleginnen und Kollegen haben ja auch die Akteneinsicht schon entsprechend wahrgenommen. Dieser Schriftverkehr, von dem Sie sprechen, ist nicht Bestandteil der Akte. Also, wo sind dann die Sachen hin? Warum sind die nicht Bestandteil der Akte? Das war eine Akteneinsicht meiner Fraktion. Wir haben nach meiner Kenntnis darauf geachtet, eine Akteneinsicht zu beantragen, die alle Unterlagen umfasst. Wo sind die auf dem Weg oder im Ratshof verloren gegangen, dass die auf einmal nicht mehr Bestandteil der Akteneinsicht sind? Das habe ich bis jetzt so noch nicht erlebt, dass Akten dann in irgendeiner Form selektiert werden. Das irritiert mich jetzt. Kann da vielleicht irgendjemand was zu sagen, auch wenn der Oberbürgermeister jetzt gerade nicht hier ist. Herr Großer?

**Herr Bürgermeister Geier**

Gut, also Herr Großer ist im Moment nicht auskunftsfähig, ich bin da auch nicht auskunftsfähig, müssen wir dann an der Stelle mitnehmen.

**Herr Eigendorf**

Gut, dann ist das im Zweifel eine Frage, die auch aufsichtlich zu klären ist. Also ich finde das sehr schwierig, wenn es scheinbar Schriftverkehr ist, der dann auf einmal nicht mehr da ist. Ich finde, so geht es nicht, und den Umgang sollte man so eigentlich nicht pflegen. Und ich bin auch irritiert, dass das überhaupt rechtlich möglich sein soll, da Sachen rauszuziehen. Ich glaube, das verletzt unser Akteneinsichtsrecht, das wir als Stadtrat haben an der Stelle.

**Herr Bürgermeister Geier**

Gut, Herr Rebenstorf nochmal.

**Herr Rebenstorf**

Ja, Herr Vorsitzender, mich irritiert das jetzt auch gerade alles. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, versichern, dass wir in der letzten Woche einen vollständigen Aktensatz in den Geschäftsbereich OB gegeben haben, sowohl aus der Bauordnung heraus, als auch die Akten, die bei mir im Büro geführt werden.

**Herr Bürgermeister Geier**

Okay, dann geht es jetzt in der Sache, oder? Okay, gut, dann Frau Müller.

**Frau Müller**

Ja, ich weiß ja nicht, ob man die Frage ja relativ schnell zumindest anhand eines Anhaltspunktes klären kann. Wir sind über dasselbe gestolpert. Wir glauben auch, dass da eine Lücke klafft. Das letzte Dokument, was es in dieser Akteneinsicht gibt, stammt aus dem August. So, jetzt müssten Sie ja wissen, ob es nach dem August noch was gab. Und dann kann man da ja zumindest schon mal dem Ganzen auf die Spur kommen, ob da wirklich was fehlt. Und wie gesagt, uns ist das auch aufgefallen. Letztes Dokument auch im August. Und am Ende kommt noch mal was mit den Baulasten, aber dazwischen ist eine Riesenlücke. Und das ist eigenartig.

**Herr Bürgermeister Geier**

Also Herr Rebenstorf.

**Herr Rebenstorf**

Herr Vorsitzender, Frau Müller, ich kann Ihnen bloß noch mal versichern, dass sowohl die Bauordnung als auch ich, wo ich involviert war, sämtliche Vorgänge, die verschriftlicht

worden der Akte, beigelegt haben. Alles, was in den Jahren, die das Bauantragsverfahren lief, aufgelaufen ist, ist in der Akte abgeheftet gewesen. Sowohl das, was bei mir im Büro geführt wurde, als auch in der Bauordnung bei Herrn Schröder, bei Herrn Thielicke-Bendix. Und zwar durchgehend auch seit dem August.

**Herr Bürgermeister Geier**

Gut, Frau Müller, nee, hat sich dann...

**Frau Müller**

Naja, die Frage ist, wie klärten sich das jetzt auf? Das war ja eine Frage von Herrn Eigendorf.

**Herr Bürgermeister Geier**

Ich kann das nur mitnehmen und weitergeben an den OB. Dort hat die Akteneinsicht stattgefunden und ich muss selber jetzt mal quasi eruieren oder weitergeben, wie da die Sachlage ist.

*Ende des Wortprotokolls*

**zu 9.10 Frau Ranft zum Haushalt**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

**Herr Bürgermeister Geier**

Frau Ranft.

**Frau Ranft**

Vielen Dank für die Fragen. Das ist mir jetzt neu. Wir haben die Akteneinsicht nicht gehabt. Wir hatten ja schon mal, dass Akten sozusagen nachträglich Protokolle geändert wurden. Das war dann nicht strafrechtlich relevant, aber relevant war es dann irgendwie trotzdem. Und bedanke ich mich bei den beiden Kollegen, dass sie sozusagen dem nachgehen. Weil davor bei den Fragen habe ich mir schon so gedacht, hätte man vielleicht doch diese Kategorie eingeführt „Sonstiges“. Weil so viel zum Verkehr hätte man vielleicht auch alles bei „Sag’s uns einfach“ fragen können.

Ich habe eine Frage und da ist es gut, dass Herr Geier heute leitet zum Haushalt. Es sieht ja so aus, als ob wir keinen genehmigungsfähigen Haushalt bekommen werden. So ist jetzt jedenfalls meine Prognose, weil wir keine konstruktive Mehrheit haben, auf Dinge zu verzichten und oder Mehreinnahmen sozusagen zu bekommen. So wie sie es jetzt gerade darstellt. Und meine Frage ist an den Bürgermeister, ob Sie vielleicht noch mal darstellen, was sozusagen aus Ihrer Finanzsicht „besser“ ist, dass wir quasi keinen Haushalt haben, dass wir sozusagen so lange weiter diskutieren, dass wir so lange weiter diskutieren und dann in die vorläufige Haushaltsführung kommen, weil wir keinen Beschluss bekommen. Oder dass wir einen Beschluss haben für einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt, wo das Konsolidierungspaket nicht hinhaut und was das dann für Konsequenzen hat, wenn das dann das Verwaltungsamt den dann nicht akzeptiert, was sozusagen für die Stadt „besser“ wäre. Weil wir kriegen ja jetzt auch schon Briefe von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, weil sich ja alle darüber Gedanken machen, wie es jetzt im nächsten Jahr mit den Mitteln, mit den Geldflüssen aussieht.

## **Herr Bürgermeister Geier**

Ja, gut, ich versuche es mal zu sortieren. Was also aus meiner Sicht und meiner Erfahrung nicht hilft, ist, wenn ich Haushaltsberatungen in die Länge ziehe, in die Länge ziehe, in die Länge ziehe. Also, ich sehe schon noch quasi die Notwendigkeit, dass sich da Fraktionen abstimmen müssen. Aber hart ausgedrückt bringt eine Verschiebung auf die Dezember-Sitzung gar nichts. Weil in diesen drei Wochen passiert zahlenmäßig nichts.

Und was sozusagen denkbar schlecht ist, weil man muss den Prinzip Verwaltung und Rat als Einheit sehen, wäre, wenn der Stadtrat aus welchen Gründen auch immer oder durch irgendein Zufallsergebnis den Haushalt ablehnt. Also, dass das halt zufällig sich ergibt, weil man sich da konsensmäßig nicht einigen kann. Bei so einer Situation wäre der Spielball weiter bei der Stadt. Das heißt also, da sind dann beide Teile, Verwaltung wie Stadtrat, nach wie vor in der Verpflichtung, dass man sozusagen einen Konsens findet und irgendeine Entscheidung trifft.

Wenn der Stadtrat bei der jetzigen Situation mit rund minus 160 Millionen und einem ersten Konsolidierungsvolumen von 13,6 Millionen einen Beschluss trifft, dann kann man diesen Haushalt und dieses Konsolidierungskonzept an die Kommunalaufsicht adressieren. Also man kann das losschicken.

Und man muss jetzt in dem Kontext zwei Dinge wissen. Deswegen würde ich jetzt nicht von einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt sprechen, per se. Sondern das ist eine Einschätzungsfrage und Abwägungsfrage der Kommunalaufsicht. Und dazu ist halt wichtig zu wissen, dass wir genau aus dieser besonderen Situation heraus schon im Frühjahr und im Sommer nochmal eine Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt hatten. Und zumindest angezeigt haben, dass man jetzt von der Verwaltung und von dem Stadtrat über die Sommerpause hinweg nicht verlangen kann, dass ein Konsolidierungskonzept vorliegt über 140 Millionen. Das ist einfach nicht möglich. Weil dazu ist das Defizit zu groß und dazu sind die Diskussionen eigentlich zu grundsätzlich führen. Das heißt also, diese Gemengelage kennt das Landesverwaltungsamt durch ein frühzeitiges Wording, durch frühzeitige Kommunikation.

Der zweite Punkt, der da natürlich zu beachten ist, aber den ich nicht beantworten kann, ist bei dieser besonderen Gemengelage, wie das Landesverwaltungsamt sozusagen kommunale Selbstverwaltung auslegt. Also, wir haben ja schon noch Situationen gehabt, wo die Kommunalaufsicht sich ganz bewusst nicht positioniert hat oder wo sie nicht, sagen wir mal, massiv eingegriffen hat, sondern gesagt hat: „Nein, ich mache euch da harte Bedingungen und Auflagen, ansonsten respektieren wir kommunale Selbstverwaltung.“ Das muss man einfach in dem Fall mit dieser besonderen Situation sehen. Und ich glaube, in der Abwägung des Landesverwaltungsamts kommt noch als dritter Punkt dazu, dass diese besondere Finanzlage kein Einzelfall in Halle ist. Ich meine, in Halle ist das Defizit natürlich schon deutlich hoch, aber auch dasselbe Problem hat Dessau und Magdeburg und andere Städte. Und das muss natürlich da in eine Abwägung einfließen. Wie die aussieht, weiß ich nicht. Aber die denkbar schlechteste Variante wäre, wenn der Stadtrat mehrheitlich diesen Haushaltsentwurf und das Konsolidierungskonzept ablehnt. Dann bleibt das Problem nach wie vor bei uns. So, und das kann ich vielleicht dazu einschätzend sagen.

Was ist die Konsequenz? Das ist für mich nochmal ganz wichtig. Wir haben jetzt einen bestätigten Haushalt, der war sozusagen genehmigungsfähig, aber mit harten Auflagen. Wenn wir jetzt an die Nachträge 2025 denken. Und wenn man einen bestätigten Haushalt hat und eine Deckungslücke, dann hat man größere Spielräume und Möglichkeiten, wie man seine Haushaltssperre definiert. Das heißt also, da gibt es dann noch den ein oder anderen Ermessensspielraum. Wenn aber sozusagen ein Haushalt nicht vorliegt, dann tritt eine gesetzliche vorläufige Haushaltsführung ein. Und diese gesetzliche vorläufige Haushaltsführung ist deutlich härter und stringenter als die Haushaltssperre, die wir bisher definiert haben. Und insofern hat das schon Konsequenzen, wenn sich da

Haushaltsberatungen ohne eine Beschlusslage hinziehen und hinziehen. Das ist für zwei, drei Monate vertretbar. Ich erinnere daran, dass man immer im März, Februar die Genehmigung bekommen haben. Aber es ist halt nicht vertretbar oder schwierig für alle Beteiligten und Vereine etc. etc., wenn sich das dann hinzieht bis Sommer, September, Oktober. Insofern kann ich nur drum werben, dass man da bei allen Schwierigkeiten eine Verständigung findet.

*Ende des Wortprotokolls*

---

**zu 9.11 Herr Silbersack zur Schließung Restaurant Bella Italia**

---

**zu 9.12 Herr Silbersack zum Kaufhofgebäude**

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diese Tagesordnungspunkte ein Wortprotokoll angefertigt.*

**Herr Bürgermeister Geier**

Jetzt ist Andreas Silbersack dran.

**Herr Silbersack**

Ich habe zwei Fragen zum Markt und zwar das eine ist zum Thema Stadthaus. Es gab ja hier, wir freuen uns über jede gastronomische Einheit und seit mehreren Monaten hat hier das Bella Italia geschlossen, was hier unten im Keller ist und ich wollte mal fragen, ob es irgendwelche Perspektiven gibt, wann die Stadt diese Räumlichkeiten wieder freigibt für diesen Anbieter.

Die zweite Frage ist die Frage: Wie ist denn der Stand bezogen auf das ehemalige Kaufhof-Gebäude? Gibt es da schon mehrere Eingrenzungen, wann da mit einer Konkretisierung des Öffnens bzw. des Plans, wie vorgegangen wird, zu rechnen. Danke.

**Herr Bürgermeister Geier**

Ganz kurz, Moment.

Also dieses Kaufhofgebäude oder Hut? Das hier, alles klar. Dann würde ich sagen, das Zweite macht der Kollege Rebenstorf und das Erste die Frau Dr. Marquardt.

**Frau Dr. Marquardt**

Das Problem mit dem Stadthaus, ich glaube, wir haben schon mal darüber gesprochen, ist, dass unten im Keller Wasser eingedrungen ist. Und deswegen kann das nicht genutzt werden.

Deswegen muss geräumt werden und es muss zurückgebaut werden, alles was da ist. Wann man das wieder nutzen kann, ist noch nicht klar, weil wir eben keine Mittel dafür haben. Wir wollen mit unserem Bauhof so weit wie möglich kommen und dann schauen, wann es möglich ist, dass das wieder genutzt werden kann. Aber das ist noch nicht klar, wann das so sein kann.

**Herr Silbersack**

Das ist ja relativ unkonkret. Das heißt im Jahre 2026 höchstwahrscheinlich nicht.

**Frau Dr. Marquardt**

Das kann ich so nicht sagen. Da würde ich das Servicezentrum Gebäudemanagement bitten, das zu definieren. Dann machen wir das schriftlich.

### **Herr Rebenstorf**

Herr Vorsitzender, Herr Silbersack. Genaue Öffnungsdaten von Ladengeschäften müssen wir natürlich bei den Eigentümern, bei den Ladeninhabern, abfragen. Ich kann Ihnen nur so weit signalisieren, was die Bauordnung anbelangt, dass neuere Kaufhofgebäude, also wo früher DINEA drin war, wo bekanntermaßen zwei Gasthofbetriebe und der Intersport rein sollen, diese drei Nutzer sind, was den Umbau anbelangt, kommen die gut vorwärts. Die Abstimmungen mit der Bauordnung sind unproblematisch – also Themen kommen nicht bei mir an, wo ich nochmal korrigierend eingreifen muss, dass irgendetwas sich löst, was sich aufgestaut hat. Also das funktioniert soweit. Wir sind auch in Abstimmungen schon getreten, wenn es um die Marktplatzgestaltung geht, wie sieht Außengastronomie aus, das war ja auch immer so ein Kritikpunkt gewesen, der früheren gastronomischen Nutzungen, dass wir alle etwas unglücklich waren, was zum Beispiel das Sammelsurium an Sonnenschirmen oder sonstige Möblierung betrifft.

Zu den oberen Etagen kann ich noch nichts sagen. Die Gespräche mit der Bauordnung laufen noch, wie die nachgenutzten umgenutzt werden sollen. Aber aus unserer Perspektive muss ich sagen: Solange wie das Erdgeschoss erstmal wieder bespielt und belegt ist, kann man den einen oder anderen Leerstand in den oberen Etagen noch verkraften. Der löst sich dann in den kommenden Jahren sicherlich auch auf, wenn entsprechende Nutzer da sind.

Was den älteren Kaufhof anbelangt, also das frühere Kinderkaufhaus und was bis zum Kleinschmieden geht, da finden weiterhin Gespräche statt, die aber noch nicht die nötige Konkretheit haben. Der Eigentümer dort hat uns aber signalisiert, dass er auch die Nutzung der Erdgeschosse favorisiert. Und den Rest nach oben und die Umgestaltung der Fassade hängt dann davon ab, wie er den Rest oben nutzen kann. Und in dem Zusammenhang diskutieren wir noch über die Umgestaltung der Fassade. Aber er hat uns zumindest über die Bauordnung signalisiert, zeitnah auch die notwendigen Bauanträge einzureichen, dass auch der ältere Kaufhof im Erdgeschoss zumindest wieder belegt werden kann.

*Ende des Wortprotokolls*

### **zu 9.13 Herr Vierkant zur Straßensperrung Mansfelder Straße**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diese Tagesordnungspunkte ein Wortprotokoll angefertigt.*

### **Herr Bürgermeister Geier**

So, dann eine Wortmeldung vom Herrn Vierkant noch, bitte.

### **Herr Vierkant**

Ich hätte eine ganz kurze Frage zum Besuch Herr Merz gestern, diesen Wahlkampfauftritt. Da er entsprechend Herrn Vogt als Parteilos nicht wünschte, die Frage: Es hieß in der Berichterstattung, dass in der halben Stunde die HAVAG nicht verkehrte zwischen Neustadt und Altstadt. Das heißt, verstehe ich das richtig, dass die Mansfelder Straße für Herrn Merz gesperrt wurde, damit er nicht das Verkehrschaos auf der Hochstraße mitmachen muss. Also klar, die Sperrungen beziehen sich auf die Polizei. Aber ich beziehe mich darauf, dass die HAVAG auch entsprechend nicht verkehren konnte.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Also ich kenne natürlich die organisatorische Vorbereitung nicht, aber das müssen wir dann mitnehmen und die HAVAG nochmal befragen, wie das war.  
Frau Müller.

**Frau Müller**

Ich möchte nur zu den Punkt Anfragen wo es ums IKC ging ein Wortprotokoll beantragen.

*Ende des Wortprotokolls*

**zu 10 Anregungen**

---

**zu 10.1 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Mini-Gradierwerkes im Stadtgebiet Halle  
Vorlage: VIII/2025/01911**

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass eine Antwort noch aussteht.

**Anregung:**

Im Rahmen der Ausstellung „O Sole Mio“ in der Neuen Residenz, realisiert durch den Beruflichen Bildungswerk e.V. Halle-Saalkreis, wird unter anderem auch ein Gradierwerk ausgestellt. Es veranschaulicht in kleiner Form, was historische Gradierwerke wie z.B. in Bad Dürrenberg oder Bad Kösen leisten können: ursprünglich zur Gewinnung von Salz entwickelt, dienen sie heute der Gesundheitsförderung. Durch die feine Zerstäubung von Sole entsteht mit Hilfe des Gradierwerkes ein Mikroklima, das dem Meer sehr ähnlich ist. Das Einatmen dieser salzigen Luft kann Erkrankungen der Atemwege und der Haut vorbeugen, verschafft aber auch Linderung bei bestehenden Beschwerden. Weiterhin kann das Gradierwerk in den heißen Sommern als Abkühlung dienen und als Hitzeschutz-Maßnahme in den Hitzeaktionsplan der Stadt Halle aufgenommen werden.

Über den gesundheitlichen Aspekt hinaus kann das Gradierwerk weiterhin als Erlebnis- und Bildungsangebot für Groß und Klein dienen, ein Ort der Entspannung und des Innehaltens sein und Halle als Salzstadt repräsentieren, indem das Gradierwerk beispielsweise in thematische Stadtführungen integriert wird.

Uns liegt die Information vor, dass die Wartung und Pflege sowie die daraus entstehenden Personalkosten durch das Jobcenter und den Beruflichen Bildungswerk e.V. übernommen werden können.

Daher regen wir hiermit an, einen geeigneten Standort für das Gradierwerk im Stadtgebiet Halle zu finden, um es dort langfristig aufzustellen.

**zu 10.2 Herr Vierkant zur Anfrage zum Gesundheitskollektiv**

---

**Herr Vierkant** bezog sich auf seine Anfrage im letzten Hauptausschuss zum Gesundheitskollektiv und regte an, diese zu beantworten.

### zu 10.3 Herr Sehrndt zum Mühlweg

---

**Herr Sehrndt** bezog sich auf die Sperrung im Mühlweg und sagte, dass dennoch viele Fahrzeuge dort durchfahren, weil es keinen echten Vollzug der Regeln gibt. Dadurch entstehen die Probleme im ganzen nördlichen Innenstadtbereich, bis hin zum Rosa-Luxemburg-Platz: Häuser und Neubauten werden beschmiert. Er betonte, dass das Ordnungsamt ohne Polizei nicht ernst genommen wird. Besonders im Mühlweg würden Verkehrsschilder umgedreht, sodass man sie nicht mehr sieht, und es würden weiterhin Autos mit hoher Geschwindigkeit (ca. 80 km/h) hindurchfahren. Auch über Radfahrer, die auf Bürgersteigen fahren.

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Herr Bürgermeister Geier** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Egbert Geier  
Bürgermeister

---

Maik Stehle  
Protokollführer